

Bezugspreis: Für den Monat Dezember 750 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 20. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die neue Getreidepreiserhöhung.

Erhöhung des Brotpreises um mindestens zwei Drittel.

Die Reichsregierung hat gemäß § 50 des Getreideumlagegesetzes beschlossen, den Preis des dritten Sechstels der Getreideumlage auf 165 000 M. (bisher 28 600) für Roggen, mit den entsprechenden Abstufungen für die anderen Getreidearten festzusetzen.

Reichsernährungsminister Dr. Luther begründete den Beschluß der Reichsregierung folgendermaßen: Der jetzige freie Marktpreis für Roggen beträgt rund 270 000 M. und für das erste Umlagedrittel nur 28 600 Mark.

Die Gründe für die Stellungnahme der Reichsregierung sind folgende:

Die durch die gefehlende Lage für die Reichsregierung gebotene Berücksichtigung des Beschlusses des 20er-Ausschusses hat die Reichsregierung veranlaßt, als Ausgangspunkt für ihre Stellungnahme den hauptsächlichsten Ausschlußbeschluß zu wählen, wonach die landwirtschaftliche Indezahl des mittleren Tages der Ablieferungsperiode zugrunde gelegt werden soll.

Zahlenmäßig ist danach das Ergebnis folgendes: Auf der einen Seite steht die Mittelindezahl mit 167 096 M., auf der anderen Seite stehen 233 520 M., vermindert um 35 Proz., gleich 151 768 M.

Die Regierung hat weiter dem Beschluß des Ausschusses, wonach eine Vergütung für die nachträglich als zu niedrig erwiesene Schätzung bei der Berechnung des Umlagegetreidepreises für das erste Drittel gewährt werden soll, Rechnung getragen.

Die Regierung erwartet, daß der Landwirt aus dieser sehr erheblichen Steigerung gegenüber den bisherigen Preisfestsetzungen erkennt, daß sie entschlossen ist, ihm die wirtschaftliche Grundlage zu einer vollen Anspannung seiner Kräfte auch für die kommende Ernte zu gewähren.

Die Getreidepreiserhöhung für sich allein wird nur etwa eine Steigerung des Brotpreises um zwei Drittel des bisherigen Brotpreises nach sich ziehen, da sich dieser Preis auch nach dem Preise des zu erheblichem Teil bereits erworbenen Auslandsgetreides und den Frachten, sonstigen Beförderungs-, Mahlkosten usw. richtet.

Darüber hat die Reichsregierung mit Vertretern des Wirtschaftslebens bereits Fühlung genommen. Weiter sollen neben den Maßnahmen für die Beamten und sonstigen öffentlichen Bediensteten auch Vorkehrungen getroffen werden, um den Sozialrentnern und anderen aus sozialen Gründen zu Betreuenden die Wirkungen der Getreidepreiserhöhung zu erleichtern.

An dieser ausführlichen Begründung der neuen Getreidepreiserhöhung ist richtig, daß sich auch die Verbraucher der Notwendigkeit einer Steigerung des Umlagepreises nicht entzogen haben. Aber auch die komplizierteste Rechnung wird nicht belegen können, daß eine Heraushebung der Umlagepreise auf das Sechsfache des für das erste Drittel bereits nachträglich erhöhten Preises erforderlich geworden ist.

Zugeben selbst, daß das Ernährungsministerium richtig daran tut, die Produktionsinteressen der Landwirtschaft im Hinblick auf die Ernährung des nächsten Jahres stärker zu fördern. Aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Landwirtschaft wirksam gefördert wird, wenn man den überspannten Forderungen der Landbündler zu weit entgegenkommt.

Hohe polnische Offiziere verhaftet.

Warschau, 20. Dezember. (DA.) Zwei Adjutanten des Generals Haller, und zwar Oberst Modestki und Hauptmann Malinowski, sowie der Generalkommandant Dowojno Sollogub wurden verhaftet.

Der Mörder befindet sich im Motokower Gefängnis. Er verhält sich vollkommen ruhig. Die Akten der abgeschlossenen Untersuchung sind bereits einem Standgericht überwiesen.

Dollar 6700.

Die erneute Kurssteigerung der Markt an der gestrigen New Yorker Börse führte heute in Berlin im Zusammenhange mit konkreteren Nachrichten über die Absichten Amerikas zu einer Abschwächung der Devisenkurse. Der Dollar ging zeitweise bis auf 6700 zurück.

Förderung des Wohnungsbaues.

Von H. Ellinger.

Die Wohnungs- und Bauwirtschaft zerfällt in drei Teilgebiete, die eng miteinander zusammenhängen und auf denen gleichzeitig vorgegangen werden muß, wenn die bestehende Wohnungsnot in einer für alle Bevölkerungsschichten erträglichen Weise in möglichst kurzer Zeit beseitigt werden soll.

- 1. die Bewirtschaftung der vorhandenen Wohnungen, 2. die Erbauung neuer Wohnungen, 3. die Baustoffherzeugung und Baustoffbeschaffung.

Auf dem ersten der drei Teilgebiete herrscht heute noch die gebundene Wirtschaft. Es ist das einzige Wirtschaftsteilgebiet, auf dem die freie Wirtschaft noch nicht zugelassen ist. Die Folge dieser gebundenen Wirtschaft ist, daß die Mieten bis jetzt im Reichsdurchschnitt nur um etwa das Fünftel bis Zehnfache gestiegen sind, während sich die Preise aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, die der freien Bewirtschaftung unterliegen — und zwar auch derjenigen, die im Inland mit inländischen Rohstoffen erzeugt werden — um das Fünfhundert-, ja sogar teilweise um über das Tausendfache erhöht haben.

Diese Sachlage ist ganz ungewöhnlich günstig für die Mieter, die, gemessen am realen Wert der Häuser, ihre Wohnungen zu einem Bruchteil ihres tatsächlichen Wertes bekommen. Sie ist aber sehr ungünstig für die Wohnungslosen, für die infolge der Unwirtschaftlichkeit des Häuserbaues auf privatwirtschaftlichem Wege keine Wohnungen mehr gebaut werden können und für die, infolge Mangels an Mitteln, auch der gemeinnützige und gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau immer unmöglicher wird.

Zurzeit fehlen in Deutschland schätzungsweise 1 1/4 bis 1 1/2 Millionen Wohnungen. Da aus den vorhandenen Wohnungsbeständen — durch Aufteilung großer Wohnungen in Kleinwohnungen, den Ausbau von Dachgeschossen, den Einbau von Wohnungen in öffentliche Gebäude usw. — nach dem Urteil aller Sachverständigen keine nennenswerte Zahl von Wohnungen mehr zu gewinnen ist, so bleibt zur Beseitigung der Wohnungsnot nur der Bau neuer Wohnungen übrig.

Zum Bau neuer Wohnungen in größerem Umfang gibt es heute theoretisch zwei Möglichkeiten, nämlich entweder die Anpassung der Mieten an die Baukosten durch Beseitigung der Mieterschutzgesetze und Freigabe der Mieten, oder die tatkräftige Fortführung des gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues. Würde der erste Weg beschritten, so bedeutete dies, wie Genosse Dr. Engler in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 21. Dezember sehr anschaulich dargelegt hat, eine wahnsinnige Bereicherung der Hausbesitzer und eine außerordentliche Belastung der Mieter.

Den zweiten Weg ist man durch das Reichsmietengesetz und das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues bereits ein Stückchen gegangen. Er besteht darin, daß man das ganze deutsche Volk zu einer Wohnungsgemeinschaft zusammenfaßt, die auf der einen Seite die Mieter der vorhandenen und billig erbauten Wohnungen vor kapitalistischer Auswucherung schützt, die aber gleichzeitig dafür zu sorgen hat, daß die Wohnungslosen ebenfalls zu erschwinglichen Preisen Wohnungen erhalten.

Die Solidarität derjenigen, die Wohnungen haben, mit denjenigen, die keine Wohnungen haben, ist bis jetzt geübt worden durch eine geringe Wohnungsbaubgabe. Diese Abgabe hat der fortschreitenden Geldentwertung nicht im entferntesten entsprochen. Ihre Niedrigkeit und feste Begrenzung hat zusammen mit dem Baustoffwucher dazu geführt, daß nur ein geringer Teil der im vorigen Jahre in Aussicht genommenen Wohnungen gebaut werden konnte, und daß wir heute vor der Einstellung der gesamten Wohnungsbauwirtschaft stehen. Wenn der völlige Zusammenbruch der gemeinnützigen Wohnungsbauwirtschaft vermieden werden soll, so ist es notwendig, die Wohnungsbaubgabe entsprechend dem

schwankenden Geldwert und den schwankenden Baukosten bedingt zu gestalten und sie so zu erhöhen, daß aus ihren Erträgen zusammen mit den Erträgen aus der Kohlenabgabe usw. jährlich die Baukosten für ein Bauprogramm gedeckt werden können, das die allmähliche Ueberwindung der Wohnungsnot möglich macht. Nach den heutigen Baukosten wäre dazu die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf mindestens den 15- bis 20fachen Betrag der Vorkriegsmieten nötig.

Die Durchführung dieses Vorschlages bringt für die Mieter zweifellos eine große Belastung, die durch die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten wieder ausgeglichen werden muß. Sie schützt sie aber gleichzeitig vor der Wiederkehr der freien Wirtschaft im Wohnungswesen und damit vor einer um das Vielfache größeren Belastung. Sie ist der einzige Weg, um den völligen Zusammenbruch der Wohnungsbauwirtschaft zu verhindern, von den Arbeitern des Baugewerbes, der Baubeherrschenden und der Baustoffindustrie eine riesige und bei der jetzigen Teuerung sehr gefährliche Arbeitslosigkeit fernzuhalten und der völligen Zerrüttung der deutschen Volkswirtschaft vorzubeugen. Nichts wäre für die deutschen Arbeiter unerträglicher, als wenn durch die Stilllegung des Baugewerbes, dieser Nährmutter so vieler anderer Industrien und Gewerbe, eine Arbeitslosigkeit großen Stils über sie hereinbrechen würde.

Wenn freilich das deutsche Volk gemeinsam die Mittel aufbringen soll, um die erforderlichen Wohnungen für die Wohnungslosen bauen zu können, dann muß es die Gewißheit haben, daß die Mittel auf das sparsamste verwendet und nicht zur Bereicherung für Bucherer und Spekulanten benutzt werden. Eine Verbilligung der Bauausführung ist heute wenigstens dadurch erreicht, daß soziale Baubetriebe in den kapitalistischen Baumarkt eingeschaltet worden sind. Den Erfolg dieser Betriebe erkennt man nicht nur daran, daß sie bei den im letzten Geschäftsjahr übernommenen Bauaufträgen um durchschnittlich 9 Proz. billiger waren als die jeweils billigsten Privatunternehmer, sondern auch daran, daß trotz des riesigen Baustoffwunders das Bauen heute, in Goldmark gerechnet, immer noch nahezu um ein Drittel billiger ist als in der Vorkriegszeit. Durch die Schaffung neuer und die finanzielle Stärkung der vorhandenen sozialen Baubetriebe, ferner durch eine größere Rationalisierung der Baumwirtschaft, durch Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung im Baugewerbe, durch die Verteilung der Bauaufträge auf das ganze Jahr, die rechtzeitige Bereitstellung der Mittel für den Wohnungsbau, die rasche Durchführung des einmal aufgestellten Bauprogramms, die Anwendung erprobter und billiger Erlaubnisse usw. ist eine weitere Verbilligung des Bauens herbeizuführen.

Am schärfsten wird aber heute die gemeinnützige Wohnungsbauwirtschaft beeinträchtigt durch den ins Gigantische gestiegenen Wucher mit Baustoffen. Zur Bekämpfung dieses Wuchers ist bis jetzt so gut wie nichts geschehen. Infolgedessen ist ein sehr großer Teil der von der Allgemeinheit aufgebrauchten Wohnungsabgabe dem Wohnungsbau entzogen worden und in die Taschen der Baustoffhändler und Baustoffhändler geflossen. Die Riesengewinne, die diese Unternehmungen im letzten Jahr gehabt haben, sind dafür der beste Beweis. Einen nicht minder guten Beweis bietet ein Vergleich zwischen der Steigerung der Baustoffpreise und der Steigerung der Arbeitslöhne. Während am 1. November der Lohn der Bauarbeiter im Reichsdurchschnitt um das 23fache gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen war, betragen die Preise der Baustoffe im Durchschnitt bereits das 766fache. Vom 1. Juli 1914 bis 1. September 1922 war der Lohnanteil für eine Wohnung von 70 Quadratmetern Wohnfläche von 61,8 Proz. auf 33,4 Proz. zurückgegangen, während in der gleichen Zeit der Anteil der Baustoffkosten von 38,2 Proz. auf 66,6 Proz. gestiegen war.

Treffender kann der ungeheure Schaden der freien Monopolwirtschaft in der Baustoffindustrie und im Baustoffhandel nicht dargetan werden. Wenn die Mittel, die das deutsche Volk für den gemeinnützigen Kleinstwohnungsbau aufbringt,

in Zukunft nicht ebenfalls wieder zum guten Teil in die Taschen der Baustoffwucherer fließen sollen, dann ist es notwendig, die Baustoffindustrie in die Gemeinwirtschaft überzuführen, mindestens aber schleunigst einen Zustand herbeizuführen, der zunächst eine wirksame Kontrolle der gesamten Baustoffindustrie durch die öffentlichen Körperschaften und die Verbraucher sowie eine starke Herabsetzung der Preise, später aber die allmähliche Ueberleitung der Baustoffindustrie in die Gemeinwirtschaft gewährleistet. Von den Gewerkschaften aller Richtungen, wie von den Vertretern der Mieter sind der Reichsregierung und dem Reichstag wiederholt ins einzelne gehende Vorschläge zur Bekämpfung des Baustoffwuchers gemacht worden. Das deutsche Volk bis weit in die rechtsliegenden Kreise hinein wartet in dieser Beziehung auf Taten!

Moralische Eroberungen.

Koburger Volksabstimmung gegen Bayern?

Das „Koburger Volksblatt“ berichtet am 18. Dezember: „Die ungeheure Erbitterung des weitaus größten Teiles der Koburger Bevölkerung über die reaktionären Maßnahmen in der bayerischen „Ordnungsstelle“, des Unmuts weitestgehender Kreise über die, man möchte beinahe sagen, passive Resistenz bei der Durchführung des Anschluß-Vertrages haben zu einer sich vorstreckenden und von allen Kennern dieses Stimmungsbildes vorausgesehenen Mißtrauensstimmung gegen die bayerische Regierung geführt.“

Am gestrigen Sonntag fand im Koburger Bezirk eine Unterschriftenaktion zwecks Zulassung der Abstimmung über die Lösung des Koburger Gebietes von Bayern statt, die, soweit wir bis jetzt in Erfahrung bringen konnten, trotz der Unvollständigkeit der Durchführung, die erforderliche Unterschriftenzahl rasch und mühelos erreichte. —

Die Riesensalamone für die bayerische Staatsregierung und bürgerliche bayerische Regierungskunst, die in diesem elementaren Ausdruck eines enttäuschten Volkstiles liegt, hätte leicht vermieden werden können, wenn man auch hier mehr auf die sozialdemokratischen Warnungen und Vorschläge gehört hätte. So hat man aber ganz im Stile altpreußischer Kolonisierungspolitik, siehe früheres Reichsland, den neugewonnenen Landteil „vermalen“, hat Situationen heraufbeschworen, wie den 3. September 1921 (Blutsonntag) und Ueberfall der Hitler-Gardisten am heutigen „Deutschen Tag“, und der Rest ist — daß 2 1/2 Jahre dieser Regierungskunst einen zukunftsreichen, anschlussgeheißerten Volksteil ins Gegenteil zu beharren vermochten. Das ist das Fazit, das aus der gestrigen Bestimmungssaktion gezogen werden muß. —

Die „Fränkische Tagespost“ berichtet dazu, daß 14 000 Unterschriften gesammelt wurden, womit die erforderliche Anzahl weit überschritten wäre. Auch dieser Vorgang ist nur ein erneuter Beweis dafür, daß die nationalsozialistische Verwilderung, so etwas wie einen Faschismus zu entfachen, in Deutschland überall scheitern.

Altpreußische Separatisten.

Wir wiesen neulich darauf hin, wie ein ostpreußisches deutschnationales Blatt durch seine offene Forderung einer weitgehenden Autonomie für Ostpreußen den Polen in die Hände arbeitet. Dieses Blatt wird nun nicht etwa in der deutschnationalen Presse abgefeilt. Im Gegenteil. Der „Tag“ veröffentlicht heute eine lange Zuschrift, die diese Forderungen unterstreicht und sich zu eigen macht. Es heißt dort nach längeren Klagen über den „Berliner Kurs“ über die Entlassung reaktionärer Landräte weiter:

„In einflussreichen deutschnationalen Kreisen wird für eine Lockerung der staatsrechtlichen Bindungen an Preußen lebhaft geworben. Man schließt zunächst ein kleineres ostpreußisches Blatt, das „Oberländer Volksblatt“, mit einem Tendenzartikel dieses Sinnes vor. Darin wurde nicht nur eine Verwallung gefordert, die das Vertrauen der bürgerlichen Majorität genießt, sondern auch die Frage aufgeworfen, ob Ostpreußen nicht lieber eine Kolonie nach englischem Muster mit self-government oder ein eigener Bundesstaat werden soll.“

Es wird weiter behauptet, daß auch die Deutsche Volkspartei, die ja tatsächlich bei den Wahlen in Ostpreußen mit Vor-

liebe Arm in Arm mit den Deutschnationalen marschiert, mit diesen Ideen sympathisiere:

„Wenn also Deutschnationale und Volksparteier geschlossen die staatsrechtliche Trennung von Preußen betreiben sollten, so würde der Erfolg eines Volksentscheids wohl weniger zweifelhaft sein als in Hannover.“

Die Bewegung zum eigenen Bundesstaat hin ist auf dem Marsche. Mit dieser Tatsache muß man rechnen, wie man sich auch zu ihr stellen will. Die nationalpolitischen Gefahren, die einem innerlichlich autonomen Ostpreußen aus seiner Lage inmitten polnisch-litauisch-lettischer Nachbarn erwachsen, soll man nicht verkennen. Sollte sich aber der Wille zur Autonomie als stärker erweisen, denn alle anderen Rücksichten, so würden die Schuldigen in den Berliner Zentralstellen zu suchen sein. Am ostpreußischen Provinziallandtag, in dem sich vor einiger Zeit sogar noch die Deutschnationalen gegen die Autonomie aussprachen, wird die Sache wohl demnächst eingehend behandelt werden. Und die Haltung der ausschlaggebenden Parteien dürfte nur eine andere sein, wenn nicht inzwischen die preußische Regierung nachgeben sollte und das Prinzip der Bevormundung inzwischen aufgeben würde. Ostpreußens Volk ist loyal und rechtstreu bis auf die Knochen, aber es will keine nationalen und landsmannschaftlichen Einrichtungen und Bestimmungen geschenkt wissen.“

Das alles heißt auf gut deutsch, daß die Herrschaften „loyal und deutschstreu bis auf die Knochen“ nur so lange sind, als sie ungehindert tun können was sie wollen. „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut“, nach diesem alten Spruch wollen sich die Junker offenbar auch heute noch richten. Sie werden aber die Rechnung ohne den Wirt machen.

Ausfahrungen gegen Ausländer.

Der Berliner Vertreter des „Corriere d'Italia“, Luigi Morandi, teilt in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ mit, daß er am letzten Sonntag im Schalterraum des Postamts in der Linienstraße von einem Manne aus dem Publikum angepöbelt und mit Prügel bedroht worden sei. Auf seinen Wunsch sei der Betreffende festgestellt worden als ein Straßenverkäufer aus der Schöneberger Straße. Während der Polizeibeamte den Namen notierte, hätten Menschen auf die Ausländer geschimpft und verlangt, daß man sie „verhaue und rauschmeiße“, wenn nicht gar totschlage. Das angefallene Publikum hätte ihn und seine Begleiterin mit Beleidigungen überhäuft und mit den Fäusten bedroht. Morandi schließt:

„Ich glaube, hier meinem journalistischen Berufe auf eheliche Weise nachzugehen und betrachte es als meine Mission, in Italien bekannt zu machen, was Deutschland denkt, schafft und leidet. Aber ein ausländischer Mensch sollte ein Anrecht darauf haben, vor Beleidigungen und Drohungen geschützt zu werden, auch wenn er Ausländer ist. Ich begreife durchaus den deutschen Stolz und bewundere ihn; aber jedes Hochgefühl muß zum Schaden Deutschlands ausschlagen, das doch so sehr Freunde nötig hat und Vertrauen im Ausland, um sich aus dem Elend und der Verzweiflung herauszuwickeln.“

Wir können uns dieser Meinung des Herrn Morandi durchaus anschließen. Sinnlose Exzesse gegen einzelne Ausländer bessern weder die Lage Deutschlands im allgemeinen, noch die der einzelnen Bevölkerungsschichten. Unsere Vorkriegsmessen sind auch so politisch geschult, daß sie diese nationalistische Hege nicht mitmachen. Das hindert sie indessen nicht, bei aller Rücksichtnahme auf einzelne Persönlichkeiten, doch die Ueberwachung Deutschlands durch ausländische Schieber mit sehr großer Sorge zu betrachten. Sie würden es sicher für richtig halten, wenn durch die deutschen Gesundheitsämter im Auslande eine strengere Kontrolle nach der Richtung vorgenommen würde, daß die Einreiseerlaubnis nur solchen Personen gewährt wird, die einen wirklich wichtigen Zweck ihrer Reise nach Deutschland nachweisen können.

Eine neue Tageszeitung. Die Ledebour-Gruppe bringt ab 1. Januar eine neue Tageszeitung „Der Westruf“ heraus.

Kommunistische Mordjustiz. Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Petersburg ist zu Ende. 11 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt.

Die Universitäts-Gent soll nun doch stänisch werden. Die Kammer hat es mit 89 gegen 85 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen. Der Streit wurde so lebhaft, daß der Kolonialminister Fronten den Ermittler Paul Hymans wegen Beleidigung zum Zweikampf herausforderte.

„Fredigundis“ von Franz Schmidt.

Premiere der Staatsoper.

Es geschah also im Zeitalter der Merowinger, daß Fredigundis, Magd, Hexe, Weibteufel, Elfe und Beseßene in einem, den Herzogssohn Vanderich liebt, von seinem Vater verstoßen, vom König Chludrich zu seinem Weib erhoben ward. Ihr Nachtrium ist damit erfüllt, doch steigt sie so hoch nur durch Mord an der jungen Königin. Ihre Schuld rächt sich am Kinde, das dahinsiecht. Vergeltens steht die Königinmutter den Bischof, der just wieder Vanderich heißt, an, das Kind durch Gebet zu retten. Vanderich, der zur Buße einst ins Kloster geschickt war, verlangt von ihr Entgegung der Königsmacht, Buße und Reue. Sie verspricht es, mischt einen Gifttrank, während der Priester beim Kinde kniet, bührt aber ihre teuflische List mit dem Tode des Geliebten, der just den falschen Toten an den Mund gesetzt hat. Auch das Kind stirbt, auch Fredigundis stirbt an der Wunde des Königs in des Bischofs Armen.

Das ist eine Moritat von A bis Z, Dolch, Gift, Krankheit, Kloster und Palast, Wigo und Grab, Unschuld und Teufel, Christentum und Heidentum: da hebt ihr das Rezept der Herren Warden und Weiseminsti, die vor den gräßlichsten Unmöglichkeiten nicht ausweichen, weil sie glauben, in Märgen und Sombolen alles Vermessene und Keiserliche mischen zu können. Streifte das Buch mit seinen Zufallsituationen nicht gelegentlich die Komik, man würde Stoff und Wache als würdelos empfinden. Die Idee wäre so schlecht nicht, und im Roman Felix Dahms dringt sie eifrig eben noch etwas durch. Mit der Komprimierung des Stofflichen, im harten Neben- einander aber liegt das Kino, während der Kampf Vanderichs zwischen Liebe und Schnespflicht gleichgültig wird.

Was macht Franz Schmidt mit diesem Text? Statt ihm das Furioso und die Gut einer Musik zu geben, die knallige Effekte knallig aufplätzen läßt, gibt er sich als Interpret von dramatischen Bewegheiten, die doch nicht da sind. Statt des Rot des Blutes und der bösen Leidenschaft, die wenigstens in Fredigundis gewollt ist, zum Grundton der Partitur zu machen, häuft er nur an der Dichtfähigkeit des Stoffes und bläst sie mit gelben Trompetenstößen zu einer lauten Kundgebung höchst begabter Epigonenarbeit auf. Zwischen Wanner und Schreier pendelt unskillig der Herzschlag der Musik. Schmidt kann Partituren schreiben, ja, sie können im Detail der Arbeit geradezu Bewunderung erregen, aber er filtert sie nicht, er kauft und ordnet den Klang nicht nach dem Wort, nicht nach der Szene. Dort oben ist Theater, und unten schreibt ein Symphoniker sein Herz ab, mit unerhörter Fertigkeit des Kontrapunktes, der thematischen Variation, des belebten Spieles der Instrumente. Seine Motive haben Charakter, aber keine latente Spannuna, keine fortreibende eigene Kraft, keinen musikalischen Klang. Was nützt da die geistvolle Umkehrung und vollendete harmonische Bravour, wenn das Originalbild uns nicht an die Seele packt. Zudem verschlingen die äußeren Erregungen der Bühne schon alles Interesse, und selbst der Rustige hat Mühe, im kaum abgedämpften Klang des dicken Orchesters immer Ablenkungsreize zu finden. Ein paar Prismen, keine Hebealter, visionäre Monologe, ein Tanz, das Vorspiel zum 2. Akt und der Ausklang des

Wertes prägen sich dennoch ein als wirkliche Musikkenntnisse. Streckweise aber gleitet die Musik in eigenem nur noch schwach wertvollem Arbeitsstrom dahin, unbrauchbar für das Theater. Zweifelhafte Verlangen eines eigenartigen Klammers brachte Schmidt dahin, auf der einen Seite die kleinen Formen zu liebtolen, auf der anderen Seite impressionistisch zu malen und redselig den eigentlich dramatischen Klam zu verlieren. In die Partitur gesetzt, verloren Kopf und Ohr die Distanz zum Wort, zum Gesang. Das Unmetaphische hysterischer Berührung, als Reizmittel des Auges interessant, hat in der Ausfüllung des ganzen Werkes eine schöne Partitur zu nur kurzem Leben befähigt. Am Stoff, der nach Musik effekten lechzte, an gar zu bewußter Technik, an der Bornehmtheit, die eine Moritat in Musik überreden sollte, an seiner Weisamkeit, die ihm jeder gerissene Bühnenpraktiker hätte un-wandeln können, ist Schmidt diesmal gescheitert.

Die Verlobungen für den Dirigenten waren groß. Stiedern überwand die Kompliziertheit eines Zusammennehmens von Spiel und Musik großartig. Fraulein Klepner sei für die Treue, die sie dem Werk hielt, gepriesen. Wenn überhört man Unebenheiten und Würdigkeiten eines Depans, wenn die innerliche Anteilnahme zu grenzenlos eifrig zur Schau gestellt ist. Das Gewissen des Komponisten hatte in ihrem Herzen einen Widerhall. Alle ihre männlichen Opfer waren sich eines hohen, wenn auch vielleicht un-bankbaren Dienstes voll bewußt. Dr. Kurt Singer.

Hedda Gabler im Residenz-Theater. Ob bei der Wahl dieses Ibsens das dreieckige Verhältnis eine Rolle gespielt hat? Doch wohl nicht, denn es wird ja nicht realisiert. Rein, Tilla Durieux sollte ihr Startum an diesem Problemstück erweisen, das sonst wohl kaum aufgeführt worden wäre. Ibsens allzu raffinierte Berechnung läßt einen Eisschub von dem einst bewunderten Drama ausstrahlen. Frau Durieux prägte, unterstrich, übertrieb diesen Zug. Ihre Hedda ist kaum noch die Schöpfung Ibsens, sondern ihre eigene. Sie gibt der Generalstichter, die auch ein ästhetisches Neurosenwesen mit romantischen Allüren ist, resolut den Charakter der Konotte, die wie die Spinne ihre Opfer belauert und — anlaugt. Alles ist Berechnung, Ueberlegung. Wie sie ihre Augen erschließen läßt und meist mit geschlossenen Lidern spielt, wie sie höhnisch den Mundwinkel aufzuden läßt und eigenwillig das Kinn vorstreckt, das ist alles eifrig Durieux. Sie lehnert, aber sie ist ein viel zu bedrückter Willensmensch, um die Problematik dieses Menschen voll zu erschließen. Ein juchendes Nautier! Um so mehr lehrte Hans Marx die Güte und die kläpische Spießigkeit in seinem Lehmann herder. Theodor Becker war Böbörg, ganz unmordisch, ein Berliner Bohémien. Sehr klar, sehr kühl und gepflegt der Rat Brad von Keller-Rebri, ein kleines Kabinettstück die alte Lante von Helene Rich. —

Die Einzelkinder in Amerika. Als die einschneidendste Maßregel in der Entwicklung des Schulwesens in der amerikanischen Union wird ein Gesetz bezeichnet, das jetzt im Staate Oregon erlassen worden ist und das alle Kinder zwischen 8 und 16 Jahren zum Besuche der staatlichen Schulen verpflichtet. Die innerhalb des Staates von religiösen Körperschaften oder von Privaten gegründeten Schulen verlieren dadurch ihre Daseinsberechtigung. Der Schluß richtet sich

besonders gegen die Anstalten der römisch-katholischen Gemeinden; den Anstoß zu der Maßnahme haben die Freimaurer schottischer Oberrang gegeben, die den Standpunkt vertreten, es sei nationale Pflicht, den Staat für die Erziehung aller Kinder verantwortlich zu machen, damit sie gute amerikanische Bürger werden und alle Unterschiede des Besitzes, der Klasse und der religiösen Zugehörigkeit ausgetilgt werden könnten. Als die Bill eingebracht war, erfuhr sie auch die lebhafteste Unterstützung des Ku-Klux-Klan, der ja seine Angriffe ebenfalls besonders gegen die Katholiken richtet. Indes wird das Gesetz nicht vor 1926 tatsächlich wirksam werden; bis dahin werden die Gerichtshöfe es auch auf seine Verfassungsmäßigkeit zu prüfen haben.

Keine Beamteneigenschaft der Schauspieler. Die Mitteilung, daß die Schauspieler der Staatstheater als Beamte mit Pension, Witwenrenten usw. angestellt werden sollen und ihrerseits endgültig auf das Streikrecht Verzicht leisten, wird der Telegraphen-Union an zuständiger Stelle als unzureichend bezeichnet. Tatsache ist nur, daß die Schauspieler einer entsprechenden Gehaltsklasse den Beamten gleichgestellt werden und automatisch künftig mit dieser entsprechenden Beamtenklasse im Gehalt steigen. Von der Verleihung der Beamteneigenschaft betreffs Pension usw. kann aber keine Rede sein.

Der Kanaltunnel in Sicht. Wie aus den neuesten Berichten der Kanaltunnel-Gesellschaft hervorgeht, tritt die Ausführung des so viel besprochenen Tunnels unter dem Kanal, der Frankreich und England durch eine Eisenbahnlinie verbinden soll, nunmehr in das Bereich der Möglichkeiten. Die französische Handelskammer hat ein sehr günstiges Urteil abgegeben, demzufolge die Kosten eine Milliarde nicht übersteigen sollen und die Dauer der Ausführung auf sieben Jahre angegeben wird. Die Aufbringung der Mittel bietet keine Schwierigkeiten, ebensowenig die Verschleidenheit der Schienenwege auf beiden Seiten des Kanals, die sich durch Umänderungen verhältnismäßig leicht beseitigen läßt. Die Great Northern Railway hat sich bereit erklärt, die Bahnhöfe ihres Netzes für den internationalen Eisenbahnverkehr durch den Tunnel anzuschließen.

Deutsches Künstler-Theater. Die Mr. Donnerstag angelegte Uraufführung von Hans Rallers Lustspiel „Großmama“ ist auf Berlin, den 22. verlegt worden. Am Donnerstag Nacht das Theater geschlossen. Die für diesen Tag gelösten Eintrittskarten behalten ihr Recht über Gültigkeit.

Der französische Dichter Henri Guibourg veranlaßt in Gemeinlichkeit mit Alfred Diercke am 21. abends 8 Uhr, im Altmühl-Schauspielhaus, Löhndorfer 76, einen Vorkursabend: „Der Geist des neuen Auf und ab und die kommende Weltliteratur“. Alfred Diercke wird von russischen, französischen, deutschen und belandischen Autoren lesen.

Die Kunstwerke der Sozialdemokratie Wien verankeltete im letzten Geschäftsjahr 337 Interieurverstellungen, die von 368 115 Personen besucht waren. Die Kunstwerke in daran, auch ante Rime vorzuführen. Wegen die Veranschaulichung der Arbeiterklasse durch die Stellung der Staatstheater beschloß die Parteikonferenz einen scharfen Protest.

Ein dänischer Friedenspreis. Ein Kobenburger Verlagsbuchhändler hat dem Nobelpreis-Komitee mitgeteilt, daß er in Bewunderung der Arbeit Arvid Rossens einen dem Friedenspreis entsprechenden Betrag zur Verfügung gestellt habe, der Rossen zugeteilt werden soll.

Die Ausschaltung der Gewerkschaften.

Nach der „Gewerkschaftsfrage“ ist nicht gehört worden.

Unsere Mitteilung, daß bei den neuerlichen Verhandlungen der Regierung Cuno mit den Industriellen und den Bankfachverständigen keine Arbeitervertreter gehört worden sind, daß besonders der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund weder eine Einladung zu solchen Verhandlungen erhalten habe, noch um Stellungnahme erjudet worden ist, wird von Unternehmernblättern augenscheinlich auf einheitliche Weise bestritten. So bringt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ noch heute morgen die Mitteilung, unsere Behauptung „entspreche nicht der Wahrheit“.

Dieser kategorische Satz enthält nichts weniger als eine böswärtige Irreführung. Daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht gehört worden ist, haben wir bereits im Morgenblatt ausdrücklich festgestellt. Heute wird uns nun vom „Gewerkschaftsfrage“, der Hirsch-Duncker'schen Spitzenorganisation, mitgeteilt, daß auch die ihm angeschlossenen Organisationen bei den Verhandlungen weder gehört wurden noch beteiligt waren. Wie man sagt, hat lediglich Herr Boltrusch von den Christlichen Gewerkschaften Gelegenheit gehabt, sich zu äußern, da die Vorsitzenden des ADGB zur Friedenskonferenz nach dem Haag gefahren waren.

Der amerikanische Konferenzplan.

Washington, 20. Dezember. (U.) Aus sicherer Quelle erfährt man, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht hat, die europäischen Großmächte zu Beginn des neuen Jahres einzuladen, um einen letzten Versuch zu machen, einen endgültigen Reparationsplan aufzustellen. Die französische Regierung ist hierzu unter drei Bedingungen bereit:

1. Es solle eine offizielle Untersuchungskommission damit beauftragt werden, genau festzustellen, unter welchen Bedingungen und bis zu welchen Grenzen Deutschland Reparationen zu zahlen imstande ist.
2. Wenn ein den Bedürfnissen Deutschlands entsprechender Reparationsplan aufgestellt ist und die europäischen Regierungen sich darauf geeinigt haben, dann können die Vereinigten Staaten von Amerika die Versicherung abgeben, daß die amerikanischen Bankiers bereit sind, eine Kautschukausgabe zu leisten und zwar zugunsten Deutschlands, damit dieses seine Schulden an die Alliierten bezahlen kann.
3. Außerdem würde die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein, in eine Erwägung über eine Neuregelung der alliierten Schulden Amerika gegenüber einzutreten, d. h. daß die Vereinigten Staaten bereit sein würden, den einzelnen Schuldnern besondere Erleichterungen zu gewähren, je nach dem Ergebnis besonderer von ihnen vorzunehmender Prüfungen in den einzelnen Ländern.

Nicht Intervention, sondern Vermittlung.

Paris, 20. Dezember. (U.) Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Wie wir schon gesagt haben, hat die Regierung der Vereinigten Staaten in keiner ihrer offiziellen Mitteilungen irgendwelche unmittelbare Interventionspläne in der Reparationsfrage erwähnt, die ihr von einem Teil der Presse zugeschrieben werden. Aber im Verlaufe verschiedener Unterhaltungen habe Staatssekretär Hughes Gelegenheit gehabt, ohne seinen Gedanken eine sehr klare Form zu geben, seine Ansicht über das Verfahren auszusprechen, das am vorteilhaftesten angewandt werden könnte, um der augenblicklichen Schwierigkeiten Herr zu werden. So habe er von einer Wirtschafts- und Finanzkonferenz gesprochen, an der nicht nur die ehemals kriegsführenden Staaten, sondern auch die neutralen Staaten teilnehmen sollten. Die Konferenz könnte einen unparteiischen Gerichtshof einrichten, dessen Aufgabe es wäre, abstrakt und wissenschaftlich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Das sei der Rahmen, in dem sich nicht eine Intervention, sondern eine Vermittlung der Vereinigten Staaten abspiele.

Die Ansicht der amerikanischen Regierung.

London, 20. Dezember. (U.) Der Korrespondent der „Central News“ in Washington berichtet, daß die von Morgan dem deutschen Botschafter gemachten Erklärungen, wonach Amerika die Möglichkeit einer Anleihe erst ins Auge fassen könne, wenn die Reparationsfrage geregelt sei, durchaus der Ansicht der amerikanischen Regierung entspricht.

Der Faschistenstaat.

Rom, 20. Dezember. (Cca.) Der „Tribuna“ zufolge hat Mussolini einer faschistischen Delegation aus Siena erklärt, daß der faschistische Staat stark und entschlossen sei, sich um jeden Preis mit Mächtig und unerlöschlicher Energie zu verteidigen. Ich bin, so erklärte Mussolini, Beschützer der besten italienischen Tugenden, Beschützer der Erben Tausender und aber Tausender von Toten, Beschützer von Ideen und von der Kraft, die in der jungen italienischen Generation keimt. Darum habe ich gewaltige Aufgaben zu erfüllen und ich werde sie erfüllen.

Tschechische Faschisten.

Das nationalsozialistische Prager „Kestř Slovo“ (Tschechisches Wort) teilt mit, daß in Reichenberg sich eine tschechische Faschistenorganisation gebildet hat, die Militär und Gendarmerie überwacht.

Deutsch-litauische Verhandlungen. In Dresden ist eine litauische Delegation unter Führung des Gesandten Schauffis eingetroffen, um mit Deutschland über den Abschluß eines direkten Abkommens zu verhandeln.

	20. Dezember		19. Dezember	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs
1 holländischer Gulden	2648.86	2661.64	2922.67	2987.33
1 argentinische Papier-Peso	2518.08	2531.32	2768.07	2776.93
1 belgischer Franc	450.85	458.85	496.25	498.75
1 norwegische Krone	1266.82	1273.18	1586.52	1588.48
1 dänische Krone	1348.02	1353.88	1521.18	1528.82
1 schwedische Krone	1777.56	1778.44	1955.10	1964.90
1 finnische Mark	165.58	166.46	182.54	183.46
1 japanischer Yen	3206.81	3283.19	—	—
1 italienische Lire	839.15	840.85	874.00	875.04
1 Pfund Sterling	80428.78	80676.25	83915.—	84085.—
1 Dollar	6070.78	6704.22	7294.21	7390.79
1 französischer Franc	498.75	501.25	538.05	541.95
1 brasilianischer Real	788.04	791.96	877.80	882.20
1 Schweizer Franc	1290.91	1275.09	1394.—	1401.—
1 spanische Pseta	1047.87	1032.63	1157.10	1162.90
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	10.47	10.53
1 tschechische Krone	—	—	208.47	209.53
1 ungarische Krone	—	—	8.11	8.18
1 bulgarischer Lewa	—	—	54.86	55.14
1 jugoslawischer Dinar	—	—	80.20	80.71

Der Müllskandal.

Die Müllberge, die sich infolge der vierinhalbwöchentlichen Betriebsstilllegung durch die Wirtschaftsgenossenschaft auf den Höfen angehäuft haben, sind zum großen Teil noch nicht beseitigt und schon wieder droht die gänzliche Einstellung der Müllabfuhr. Bereits seit dem 12. Dezember hat die jetzige Berliner Müllabfuhr-Gesellschaft die Hälfte ihres Betriebes stillgelegt. Sie läßt von den 120 Gespannen, die bei vollem Betrieb täglich fahren, nur 60 arbeiten. Die Arbeitnehmer müssen in der Woche drei Tage aussetzen. Daß unter diesen Umständen das Müll von den Höfen nicht verschwindet, sondern sich immer mehr anhäuft, ist erklärlich. In Ankenntnis dieser Sachlage werden aus Verärgerung, weil das Müll nicht beseitigt wird, die Müllfischer von einem Teil der Vermieter, der Portiers und auch der Mieterkreise bei Abholung der Kisten als „faule Hunde“ usw. beschimpft. Die Müllfischer, die auch nicht aus dem feinsten Holz geschliffen, an dem Uebelstand aber vollkommen schuldlos sind, bleiben die Antwort nicht schuldig und so ergeben sich sehr unliebsame Konflikte, die vermieden werden sollten. Das größte Interesse an der Beseitigung des Mülls hat der Müllfischer selbst, da, wenn die Touren lauber sind, die Arbeit nur halb so schwer ist. Auch dürfte es einleitend sein, daß kein Arbeiter aus Vergnügen verkümmert arbeitet und drei Tage Lohn in der Woche einbüßt, wenn er nicht dazu gezwungen wird. Wie Direktor Bettow erklärte, hat sich die Gesellschaft zur Einstellung der Hälfte der Müllabfuhr genötigt gesehen, weil Herr Labendorff, der Vorsitzende des Bundes der Grundbesitzer, im Organ „Das Grundeigentum“ die Hausbesitzer aufgefordert hat, keine Müllabfuhrgebühren zu bezahlen. Infolge dieses Aufrufs führt ein großer Teil der Hausbesitzer die von der Mietern eingehenden Gelder für die Müllabfuhr nicht an die Gesellschaft ab. Es fehlen somit die Mittel, um den Betrieb voll laufen zu lassen. Benötigt würden bei vollem Betrieb täglich etwa 4 1/2 Millionen Mark, um die Kosten, die sich allein für Fracht bei 60 Eisenbahnwaggons, die verladen werden, auf 2.100.000 M. belaufen, decken zu können. Wenn die Einnahmen, die jetzt durchschnittlich täglich 1 1/2 Millionen betragen, nicht bald besser werden, wird der Betrieb ganz eingestellt. Daß die Gesellschaft mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, beweist schon, daß sie nicht einmal den Lohn für die drei Tage, die die Arbeitnehmer in der Woche arbeiten, auf einmal, sondern nur kontingent auszahlen kann.

Wir wollen in dem Streit der Hausbesitzer mit der Gesellschaft im Augenblick nicht den Schiedsrichter spielen, halten es aber im Interesse der Bevölkerung, die nicht im Müll ersticken will, für dringend geboten, daß die Behörden — Gesundheitsamt, Polizei und Demobilmachungskommission, denen diese Zustände bekannt sind — scheinunglos einmal nach dem Rechten sehen. Als im Frühjahr die Müllfischer wegen Verschlechterung ihres Tarifvertrages im Abwehrstreik standen, hat man die Kohle eingeführt, weil Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung durch die Müllberge befürchtet wurden; jetzt aber, wo die Hausbesitzer die Müllabfuhr sabotieren, ist die behördliche Fürsorge plötzlich erloschen. Dem Magistrat, der ja an der Müllabfuhr-Gesellschaft beteiligt ist, wäre besonders zu empfehlen, alsbald in seinem Betriebe Ordnung zu schaffen.

310 Mark das Markenbrot.

Ab 25. Dezember.

Mit einem wenig willkommenen Weihnachtsgeschenk wartet der Berliner Magistrat auf. Wie das Sächsische Nachrichtenamt mitteilt, haben die Erhöhung der Mehlensöhne sowie die Steigerung einiger zur Herstellung des Gebäcks benötigter Rohstoffe, insbesondere der Kohlen, den Magistrat gezwungen, den Preis für das Markenbrot auf 310 Mark und für die Markenschrippe auf 10 Mark vom 25. d. M. ab festzusetzen.

Festnahme einer Geldfälscher-Bande.

Eine Fälschergesellschaft wurde vor einiger Zeit in der Bürgerstraße 45 zu Brich ausgehoben. Ihre festgenommene Inhaberin war der Eigentümer des Grundstücks, ein gewisser Göttinger. Die weiteren Ermittlungen führten jetzt zur Verhaftung von weiteren acht Mann. An ihrer Spitze stand als Leiter des ganzen Treibens ein gewisser Fritz Rasch, der auch einmal in der kommunistischen Partei eine Rolle spielte und öfter als Delegierter nach Moskau entsandt wurde. Später aber wurde er wegen Unzuverlässigkeit aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Es wurde ihm sehr verübelt, daß er einen großen Aufwand trieb und sich unter anderem auch ein Motorboot hielt. Im vergangenen Jahre lernte Rasch einen gewissen Spidderhof kennen, der im Rheinland wegen Herstellung von falschen Fünzigmarkscheinen zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden, aber aus der Anstalt entflohen war, wobei es ihm gelang, Fälschungsplatten nach Berlin mitzunehmen. Zusammen mit Rasch nahm er die Fälschergesellschaft in Brich auf. Da er aber auch in Leipzig eine Filiale aufgetan hatte, arbeitete sein Berliner „Kompanion“ Rasch allein und setzte auch erhebliche Mengen Fälschgeld um, bis jetzt die Reichskant-Fälschergeldstelle das Rest entdeckte und aushob und die Fälscherbande festnahm.

Klante verhandlungsunfähig.

In der heutigen Verhandlung im Klante-Prozess ist der Hauptangeklagte Max Klante nicht erschienen. Der Gefängnisarzt Dr. Bürger, der gestern eine tägliche Verhandlung von nur einigen Stunden angeregt hatte, erklärte ihn heute für verhandlungsunfähig. Die Verteidigung stellte daraufhin den Antrag, Klante aus der Haft zu entlassen, damit er sich in der Freiheit mehr Kräfte zueignen könne und in der Folge nur jeden zweiten Tag zu verhandeln. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft widersprach der Haftentlassung Klantes energisch und stellte den Ausführungen des Verteidigers, der darauf hingewiesen hatte, daß Klante ein Todeskandidat sei, der auch bei einer Verurteilung keine Strafe niemals würde verbüßen können, die Meinung entgegen, daß Klante gerade jetzt, da der Prozess in für ihn ungünstigstem Sinne anzuliegen droht, sehr wohl Inhaftgefangenen gegen könne. Die Auseinandersetzung über Klante, in der schon vorher das Gericht die Verhaftung des Angeklagten beschlossen hatte, dauert an.

Rittmeister von Szesler auf Szesczjel.

Mit einer dunklen Person beschäftigt sich die hiesige Kriminalpolizei. Seit 1 1/2 Jahren war bei der Postüberwachungsstelle ein Mann beschäftigt, der sich Rittmeister a. D. Freiherr Marzoll v. Szesler nannte und jetzt verschwunden ist. Der 22 Jahre alte angelegliche Freiherr kam nach dem Kriege nach allerlei bisher unkontrollierbaren Verfahrtnen und Abenteueren krank nach Berlin und fand Aufnahme in einem hiesigen Krankenhaus. Hier verliebte er sich, wohl nur zum Schein, in eine Schwester, die seine Reizung erwiderte. Nachdem er ihr die Ehe versprochen hatte, hielt sie ihn durch Herabgabe verschiedener Sachen, die er zu Geld machte, bis er bei der Postüberwachungsstelle anam, die dem Finanzamt zur Verhinderung der Kapitalflucht ins Ausland zur Verfügung steht. Der mittellose Mann fiel nun in der letzten Zeit durch größere Geldausgaben auf, und jetzt erkrankte er an der Grippe, daß er bei Diebstahl die Hand im Spiel habe. Er wurde daraufhin beobachtet, merkte aber wohl, was ihm bevorstand und verschwand. Die Ermittlungen ergaben nun, daß er bei einer hiesigen Bank bereits ein größeres Kapital angelegt hatte und daß er Mitbesitzer eines ungarischen Restaurants war. Mit Hilfe der hiesigen ungarischen Gesandtschaft wurde festgestellt, daß es einen Rittmeister Freiherr Marzoll von Szesler auf Szesczjel nicht gibt. Es handelt sich augenscheinlich um einen Abenteuerer.

Zur Stadtverordnetenversammlung.

Genosse Dittmann als Kandidat nominiert.

Bei der letzten Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher haben, wie erinnerte, die bürgerlichen Parteien wohl unter dem frischen Eindruck ihres „Wahlzuges“ geglaubt, allen parlamentarischen Befähigungen zum Trotz der Sozialdemokratie das Vortrecht auf den Posten des Stadtverordnetenvorstehers streitig machen zu können. Ob sie damit und mit ihrem Kandidaten Dr. Caspary die besten Erfahrungen gemacht haben, das zu entscheiden überlassen wir ihnen selbst. Die Sozialdemokratie, die jetzt nach der Verschmelzung mit ihren 87 Männern beinahe die Hälfte aller Sitze inne hat, erhebt jedenfalls erneut als stärkste Fraktion den Anspruch auf den ihr mit Recht zustehenden Posten des Vorstehers. Die Fraktion hat dementsprechend in ihrer gestrigen Sitzung den Genossen Dittmann als Kandidaten für die in der ersten Januarfraktion stattfindende Neuwahl aufgestellt. Wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß wenigstens die Mittelparteien diesmal nicht wieder der Sozialdemokratie ihr Recht abstreiten werden.

Erhöhung der Hebammengebühren.

Der Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Magistrats von Berlin für den Umfang der Stadtgemeinde Berlin eine neue Gebührenordnung für Hebammen festgesetzt, aus der folgendes zu entnehmen ist. Für den Bescheid bei einer regelmäßigen und auch bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden werden 1000 bis 6400 M. erhoben, für jede folgende Stunde 40 bis 200 M. Jeder angeforderte Besuchsbesuch einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Beratungen, wie Spülungen, Baden und Wickeln des Kindes, kostet für jede angefangene Stunde bei Tage 60 bis 240 M., bei Nacht das Doppelte, Materieteilung und Untersuchung in der Wohnung der Hebamme kostet bei Tage 48 bis 200 M., bei Nacht das Doppelte, ein schriftliches Zeugnis außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 48 M.

Straßenmädchen als Vermittler für Raubüberfälle. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl aller Meldungen von räuberischen Überfällen stammt aus dem Südosten der Reichshauptstadt, ein Beweis für die Unsicherheit jener Gegend. So ist in der vergangenen Nacht wieder ein Mann aus der Ritterstraße, der sich in der Gegend des Södlinger Bahnhofs mit einem Straßenmädchen eingelassen hat, von dessen „Freunden“ überfallen und seiner Brieftasche mit 12.000 M. Inhalt beraubt worden. Die Dirnen arbeiten dort Hand in Hand mit ihrem Anhang und haben eigens die Aufgabe, den Männern die Opfer zuzuführen. Verschiedene Streifen haben zeitweilig das Unwesen wohl etwas eingedämmt, es macht sich aber immer von neuem wieder breit.

Die Humboldt-Hochschule gibt heute ihr neues Vorlesungsprogramm (Januar-März 1923) heraus. Programme (in alphabetischer und nach dem Hauptbureau, C 2, Neue Friedrichstr. 53/56 II.

Deutschlands Dank für die holländische Kinderhilfe. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß der deutsche Kreuzer „Berlin“, der dem Hofen von Newbediep zum Zeichen des Dankes für das Liebeswerk des niederländischen Volkes an den deutschen Kindern einen vierstägigen Besuch abstattete, gestern wieder die Heimreise nach Kiel angetreten hat.

Bankraub in Amerika. Nach einer Meldung aus New York gelang es sieben Räubern in Denver (Colorado) beim Verladen von Bargeld, das für die dortige Bank bestimmt war, eine Summe von 2.600.000 Franken zu erbeuten. Zwei Wächter wurden verwundet. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung gelang es den Räubern zu entkommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Bleimisch müßig, teilweise heiter, jedoch abermügend bewölkt, mit geringen Niederschlägen und anfangs starken, später nachlassenden südlichen bis südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Stadtverordnetenfraktion.

Donnerstag nachmittag 4 Uhr findet eine besonders dringende Fraktions-sitzung im Bürgercafe des Rathauses statt. Alle Fraktionsmitglieder müssen unbedingt anwesend sein.

Der Fraktionsvorstand.

1. Kreis, Reichshaus. Mittwoch, den 20. Dezember, 7 Uhr, Markstraße 49. Zimmer 33. Sitzung der Kinderkommission und Weiberversammlung.
2. Kreis, Reichshaus. Donnerstag, den 21. Dezember, 6 Uhr im Weiberversammlungssaal. Hauptversammlung der Weiberversammlung.
3. Jungsozialisten. Kreis Charlottenburg. Die angebotene Versammlung findet nicht Donnerstag, sondern heute abend statt. Die Jahresversammlung findet am Samstag, 22. Dezember, statt, nicht am 31. Dez.

Gewerkschaftsbewegung

Was ist Verrat?

Die „Rote Fahne“, die ja bereits rechtzeitig auf die „Gefahr“ einer baldigen Beendigung des Streiks in der Badischen Anilin- und Sodaabrik in Ludwigshafen a. Rh. hingewiesen hatte, ist jetzt in der angenehmen Lage, über den „Verrat“ der Gewerkschaftsführer zu schwadronieren, der darin besteht, daß die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern. Die Gewerkschaftsbürokratie läßt alle Mühen springen, um die streikenden Ludwigshafener Arbeiter in die Betriebe zu zwingen. Dem Metallarbeiterverband insbesondere wird es als Verrat angesehen, daß er die eble kommunistische Absicht, die Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit bis Donnerstag zu verschieben, damit ja vor den Feiertagen kein Handschlag mehr getan, keine einzige Papiermarke mehr verbrannt werden kann, durchkreuzt hat, indem er bereits gestern „innerhalb zwei Stunden“ eine eigene Abstimmung unter seinen Mitgliedern festsetzte und den Streik nachdem als beendet erklärte.

Was ist Verrat? Ist es kein Verrat wegen eines drei Personen betreffenden Streikfalles, der wohl vom Gewerkegericht, und rein formal mit Recht, zugunsten der drei entschieden war, ohne weiteres etwa 30.000 Arbeiter in den Streik zu irreden? Ist das kein Verrat, daß dieser Streikfall jedweder Vermittlungsaktion der beteiligten Gewerkschaften geflissentlich entzogen und der Streik unternommen wurde, ohne die Belegschaft durch Abstimmung darüber entscheiden zu lassen?

„Den Anilinmännern hat ihr brutaler Vorstoß viele Milliarden gekostet“, triumphiert die „Rote Fahne“. Mag sein, allein die Anilinmänner müssen deshalb noch lange nicht hungern. Die Streikenden haben zwar keine Milliarden an Lohnverlust zu verzeichnen, aber doch rund mindestens 600 Millionen Papiermark, die sie sonst zur Friftung ihrer Existenz gebraucht hätten. Sie mußten mit Frau und Kindern hungern, denn die mit so großer Reklame verzeichneten Untersuchungen machen im günstigsten Falle etwa den dreihäufigsten Teil dessen aus, was die Anilinarbeiter direkt eingebüßt haben. Was sie indirekt verloren haben, steht noch dahin. Sie können ihren Verlust nicht mehr ausgleichen und gebrauchen Monate, um ihn zu verschmerzen, während die „Anilinmänner“ ihren Verlust wieder weismachen. Ist es Verrat, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nun wenigstens noch drei Lohnstage vor den Feiertagen haben, oder ist es Verrat, sie trotz des offensibaren Zusammenbruchs des Streiks noch länger an der Rolle herumzuführen und ihre Familien auch noch um den allerhöchsten Rest der Feiertage zu pressen, nach einer sinn- und nutzlosen Hungerkur von drei Wochen? Wer die Arbeiter verraten hat, das sind ihre Ratgeber zum Streik, die Kommunisten.

